

Beder, Sharon

## **Globalisation: Before and after the crisis**

*Datta, Asit [Hrsg.]: Zukunft der transkulturellen Bildung - Zukunft der Migration. Frankfurt, M. : Brandes & Apsel 2010, S. 18-29. - (Bildung in der Weltgesellschaft; 4)*



Quellenangabe/ Reference:

Beder, Sharon: Globalisation: Before and after the crisis - In: Datta, Asit [Hrsg.]: Zukunft der transkulturellen Bildung - Zukunft der Migration. Frankfurt, M. : Brandes & Apsel 2010, S. 18-29 - URN: urn:nbn:de:01111-opus-53764 - DOI: 10.25656/01:5376

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-opus-53764>

<https://doi.org/10.25656/01:5376>

in Kooperation mit / in cooperation with:

**Brandes  
& Apsel**

<http://www.brandes-apsel-verlag.de>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

Asit Datta (Hrsg.)

Zukunft der transkulturellen Bildung –  
Zukunft der Migration



Der analytische Blick auf Probleme erlaubt die Unterscheidung von Entwicklungstendenzen, wünschbare und problematische. Darum geht es in dieser Handreichung.

Das Buch ist ein Zeugnis der Arbeit der Arbeitsgruppe Interkulturelle Pädagogik (AG Interpäd) an der Leibniz Universität Hannover im letzten Vierteljahrhundert. Interpäd war eine der ersten interdisziplinären universitären Einrichtungen, die sich mit Problemen der Entwicklungsländer, der Migration und Nachhaltigkeit beschäftigt. Behandelt werden Themen der Globalisierung, der internationalen Finanzkrise, Migration, nachhaltigen Entwicklung, des Bevölkerungswachstums und der Rolle von Religion in gesellschaftlichen Transformationsprozessen bis hin zum Globalen, Interkulturellen/Transkulturellen Lernen und zur mehrsprachigen Erziehung der Kinder.

*Der Herausgeber:*

Asit Datta, Prof. Dr., geb. 1937 in Midnapore, Westbengalen, Indien, Soziologe und Erziehungswissenschaftler, seit 1974 an der LUH Hannover, 2002 emerit., Mitbegründer und Leiter der AG Interpäd (Interkulturelles Lernen und Entwicklungspädagogik) (1985-2002), seit 2002 deren Vorsitzender h. c.

Asit Datta (Hrsg.)

# Zukunft der transkulturellen Bildung – Zukunft der Migration

Mit Beiträgen von Neville Alexander,  
Sharon Beder, Dietmar Bolscho,  
Christoph Butterwegge, Asit Datta, İnci Dirim,  
Marion Döll, Katrin Hauenschild, Dirk Jacobs,  
Gregor Lang-Wojtasik, Harry Noormann,  
Karen Phalet, Saskia Sassen, Isabel Sievers,  
Marc Swyngedouw, Erol Yildiz

Brandes & Apsel

Sie finden unser Gesamtverzeichnis mit aktuellen Informationen  
im Internet unter: [www.brandes-apsel-verlag.de](http://www.brandes-apsel-verlag.de)  
Wenn Sie unser Gesamtverzeichnis in gedruckter Form wünschen,  
senden Sie uns eine E-Mail an: [info@brandes-apsel-verlag.de](mailto:info@brandes-apsel-verlag.de)  
oder eine Postkarte an:  
Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 22, 60385 Frankfurt a. M., Germany

Bildung in der Weltgesellschaft 4

wissen & praxis 159

1. Auflage 2010

© Brandes & Apsel Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen oder optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte.

DTP: Caroline Ebinger, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt am Main

Umschlag: Franziska Gumprecht, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt am Main,

Druck: Grafika Soča d.o.o., Printed in Slovenia

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Bibliographische Information Der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-86099-685-0

# Inhalt

Asit Datta	
Einleitung	7

## Grundannahmen

Sharon Beder	
Globalisation: Before and After the Crisis	18
Asit Datta	
Weltbevölkerung, Klimawandel und Migration	30
Saskia Sassen	
Europe's Migrations: The Numbers and the Passions Are Not New	42
Christoph Butterwegge	
Globalisierung, Zuwanderung und Sozialstaatsentwicklung	61

## Grundfeste

Harry Noormann	
Menschenrechte und die Religion/en	76
Neville Alexander	
Enough is as good as a feast	95
Dietmar Bolscho	
Bildung für Nachhaltige Entwicklung	104
Gregor Lang-Wojtasik	
Zukunft des globalen Lernens	115

## **Grundprobleme**

Dirk Jacobs/Karen Phaet/Marc Swyngedouw Associational membership of ethnic minorities and perception of group discrimination	132
Katrin Hauenschild Transkulturalität – (k)ein Leitbild für die Weiterentwicklung interkultureller Bildung?	148
Marion Döll/İnci Dirim Bilinguale Bildung	167
Erol Yildiz Migration und Diversität im Zeichen der Globalisierung	176
Isabel Sievers Transmigration als zukünftiger Regelfall?	189
Die Autorinnen und Autoren	205

## Einleitung

»Ein Haus stirbt nicht, das einen Gast willkommen heißt.«  
Afrikanisches Sprichwort

Wir haben genug soziale und Verteilungsprobleme innerhalb unserer Gesellschaft und zwischen den Staaten. Eine berechnete Frage wäre deshalb, warum wir uns in diesem Buch mit der Zukunft der Migration beschäftigen.

Die Antwort ist komplex: Die Zukunftsforschung ist keine Flucht aus der Gegenwart. Und Migration ist Alltag, nicht nur für Europa. Die meisten Länder weisen eine große kulturelle Vielfalt auf. Über die Hälfte aller Länder weltweit hat einen Anteil über 25 Prozent an ethnischen und religiösen Minderheiten, in weiteren 17 Prozent der Länder variiert der Anteil zwischen 10 und 25 Prozent, nur ein Drittel der Länder hat einen Anteil von weniger als 10 Prozent (UNDP 2003, 37). Diese Vielfalt ist zumeist auf Migration zurückzuführen. In Europa hat man den Eindruck, dass Migranten mehrheitlich nach Europa strömen. Tatsächlich gehen aber 70 Prozent aller Migranten weltweit woanders hin. Unter den ersten zehn Ländern mit dem höchsten Anteil von Migranten befindet sich nur ein einziges europäisches Land mit einem 25-prozentigen Anteil von Migranten an der Bevölkerung, und das ist die Schweiz an siebter Stelle. An erster Stelle stehen die Vereinigten Arabischen Emirate mit einem Anteil von 68 Prozent. (UNDP, 109) Europa wird, so die allgemeine Annahme, in Zukunft wegen der negativen demografischen Entwicklung auf längere Sicht auf Migranten angewiesen sein. Die Zukunft kann man nur planen, wenn man in der Lage ist, Gegenwartsprobleme zu lösen. Dies ist Voraussetzung für die Zukunftsgestaltung. Deswegen gehen Regierungen aller Länder regelmäßig in Klausur (vgl. z. B. »Die Kanzlerin lädt zur Zukunftsklausur«, in: HAZ, 10./11.4.2010). Diese Planungen beziehen sich meist auf die Zeit bis zur nächsten Wahl. Die wissenschaftliche Zukunftsforschung ist nicht an Wahlperioden gebunden und kann deshalb einen längeren Zeitraum berücksichtigen.

Lange bevor Flechtheim 1941 den Begriff »Futurologie« in den deutschen Sprachraum eingebracht hat, gab es auch Zukunftsforschung und erschienen Zukunftsrömane von Jules Verne und H. G. Wells. Auch der Klassiker von



George Orwell 1984 (geschrieben im Jahre 1948) beschreibt die Befürchtung, wie eine Gesellschaft in Zukunft total überwacht werden kann (»Big Brother is watching you«). Drei Jahre zuvor hatte Orwell *Animal Farm* geschrieben, auch eine Beschreibung einer totalitären Gesellschaft, in der manche Tiere gleicher sind als die anderen (»Some animals are more equal than others«). Auch Aldous Huxleys *Brave New World* (1932) beschreibt die drei Stufen in der Gesellschaft und die Manipulierbarkeit der Massen. Die Zukunftsromane sind Produkte der Fantasien, die vom jeweiligen Kenntnisstand der technischen oder gesellschaftlichen Entwicklung abgeleitet wurden und werden. Was damals nicht vorauszusehen war, kam in den Romanen nicht vor. Wir haben zwar nicht vor, in die Fußstapfen von Alvin Toffler, Daniel Bell oder Herman Kahn zu treten. Aber jede wissenschaftliche Beschäftigung mit Problemen von heute geschieht selbstverständlich auch in Sorge um die Zukunft. Nicht nur die erste Club of Rome-Studie *Die Grenzen des Wachstums* (1972) ist ein Zeugnis dieser These. Wissenschaftlich gesehen lag z. B. Thomas Malthus mit seiner Theorie der Nahrungsmittelknappheit deshalb daneben, nicht nur weil er die Verteilungsprobleme außer Acht ließ, sondern auch weil er die Entwicklung der Bewässerungsmethoden, landwirtschaftliche Hightechgeräte oder der chemischen Industrie (Düngemittel) nicht vorausahnen konnte. Beschäftigung mit der Zukunft setzt genaue Kenntnisse von Vergangenheit und Gegenwart voraus. Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft, meinte Wilhelm von Humboldt. Im Bereich der Pädagogik ist *Zukunftswerkstatt* eine Methode (Jungk/Müllert), die den Lernenden hilft, aus den Kenntnissen von heute für die Zukunft Phantasie systematisch zu entwickeln.

»Moderne Zukunftsforschung ist nach meiner Definition«, schreibt Rolf Kreibich, einer der führenden Futurologen Deutschlands, »also die wissenschaftliche Befassung mit möglichen, wahrscheinlichen und wünschbaren Zukunftsentwicklungen (Zukünften) und Gestaltungsoptionen sowie deren Voraussetzungen in Vergangenheit und Gegenwart«. (Kreibich 2010, 5f.) Von Kreibichs zehn wichtigsten komplexen Herausforderungen für die Zukunft haben wir nur drei gewählt: Globalisierung/Globales Lernen, Nachhaltige Entwicklung, Weltbevölkerung/Migration/Integration. Wie alle anderen Probleme hängen auch diese miteinander zusammen.

Bevor wir auf die Begründung für die Themenwahl eingehen, noch eine Anmerkung zur Beziehung von Gegenwart und Zukunft. Alle unsere wissenschaftlichen Beschäftigungen mit Problemen von heute geschehen in der Absicht, zukunftsfähige Lösungen zu finden und Hindernisse zu überwinden oder zu lernen, damit besser umzugehen. Ein Blick auf die Literaturliste wür-

de diese Behauptung bestätigen (siehe z. B. Bücher von Wilfried Bommert, Lester R. Brown, Wolfgang Hirn, Rainer Müller/Albert F. Reiterer, die Studie des Wuppertal Instituts, Club of Rome-Studie, Thomas Malthus u. a. zu dem Beitrag von Datta in diesem Buch). Das Jahrbuch 2010 des Worldwatch Institutes hat z. B. den Titel: »Einfach besser leben«.

Unsere Auswahl der Themen hat mit unserer Arbeit in der AG *Interpäd (Arbeitsgruppe Interkulturelles Lernen und Entwicklungspädagogik)* zu tun. Die Themen dieses Buches sind die Felder, mit denen wir uns seit der Entstehung der AG beschäftigen. Da dieses Buch zum 25-jährigen Jubiläum der AG *Interpäd* erscheint, möchten wir einerseits ein Zeugnis unserer bisherigen Arbeit ablegen, andererseits soll der Band auch zukunftsweisend sein.

Die Gruppe wurde 1985 von Gertrud Achinger (Soziologie), Ulrich Becker (Ev. Theologie), Horst Siebert (Erwachsenen- und außerschulische Jugendbildung – EB und aJB) und mir (Erziehungswissenschaft) gegründet. Die Auslandserfahrung von Frau Achinger (in Guinea Bissau), Herrn Becker (beim Ökumenischen Rat in Genf) und meine Herkunft (Indien) war anfänglich maßgeblich für unsere Arbeit (Dritte-Welt-/Entwicklungspädagogik). Anfang der 90er Jahre schloss sich uns eine weitere Gruppe (Migration und Integration) an. Vom Anfang an war (wie es damals hieß) Umweltbildung ein Bestandteil unserer Arbeit – vertreten durch den Kollegen Siebert. 1987 war das Lerngebiet als ein Wahlpflichtfach in Diplomstudium (Fachrichtung EB und aJB) zugelassen. So konzentrierte sich die Gruppe zunehmend auf drei Bereiche: 1. Dritte-Welt-Bildungsarbeit/Nord-Süd-Beziehung/Globalisierung/Menschenrechte, 2. Migration/Integration/Exklusion/Inklusion, 3. Globales Lernen/Bildung für die Nachhaltige Entwicklung (BNE). Das letztere Gebiet bekam noch einen zusätzlichen Impuls, als Dietmar Bolscho Mitte der 1990er Jahre in die Gruppe kam. Religionspädagogik war von Beginn an stark durch Ulrich Becker und später durch den Kollegen Harry Noormann (Geschäftsführer seit 2002) vertreten.

Bei der Planung dieses Buches haben wir uns drei Aufgaben vorgenommen:

- a) Die Beiträge sollen zu den Bereichen unserer Arbeit gehören,
- b) Internationale KollegInnen und Kollegen sollen sich beteiligen und
- c) Die Beiträge sollen neu und nur für dieses Buch geschrieben sein.

Zu den Beiträgen: Sharon Beder, neben Joseph Stiglitz eine der vehementen Kritikerinnen des neoliberalen freien Marktes, erläutert in ihrem Beitrag, wie es zu der Finanzkrise kam. In Folge der Ölkrise verlor die keynsianische öko-

nomische Theorie an Popularität. Allmählich bekam die Deregulierung des »Reaganomics« und Thatcherismus die Oberhand. Regierungen schützen nicht mehr eigene Bürger gegen die Übermacht der Konzerne, sondern sie schützen das »Business« gegen demokratische Regulierungen. Der Washingtoner Consensus wurde den Entwicklungsländern durch die Weltbank und den IWF aufoktroziert. Die Deregulierung des Finanzmarktes (uneingeschränkter Kapitalfluss inner- und außerhalb der Staatsgrenzen, Beseitigung der Regulation von Finanzinstituten und Beseitigung der politischen Kontrolle der Zentralbanken) verleitete zu wilden Spekulationen. Nur 10 Prozent des Finanztransfers betraf den internationalen Handel, der Rest war spekulativ. Knapp, präzise und verständlich legt Beder die Ursachen der Krise dar. Die Finanzwelt wurde durch die massive Unterstützung der Regierungen, also durch Steuerzahler aus Industriestaaten gerettet. Die Lehre aus der Krise, meint Stiglitz, ist, dass die unsichtbare Hand, wie sie Adam Smith verstand, ein großer Irrtum war (in: SZ von 31.12.09/1.1.10) und dass ohne eine global koordinierte Regulierung der Finanzwelt nichts funktionieren wird (in: HAZ vom 21.4.2010). Sowohl Stiglitz als auch Beder meinen, dass die Finanzmärkte aus der Krise nichts gelernt haben und wie bisher operieren. Die Regierungen halten sich zurück. Dennoch sieht Beder paradoxerweise eine Chance aufgrund der Ungleichheit des Einkommens: Da immer mehr Menschen mangels Geld immer weniger zu konsumieren in der Lage sind, könnte eine Umkehrung (höhere Gehälter, progressive Besteuerung der Reichen) stattfinden.

In Asit Dattas Artikel *Weltbevölkerung, Klimawandel und Migration* geht es einerseits um die komplexen Zusammenhänge, andererseits auch um die Einsicht, dass wir durch den Klimawandel in Zukunft Lebensraum und Ackerböden verlieren werden. Dies scheint unausweichlich zu sein. Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, eine Obergrenze der Weltbevölkerung auf etwa neun Milliarden bis 2050 anzustreben. Hier werden auch einige Begriffe in der Annahme erläutert, durch Klarheit die diffusen Ängste der Europäer ein wenig zu mildern. Die große Völkerungswanderung findet ohnehin außerhalb von Europa und zumeist innerhalb der Staatsgrenzen (Landflucht, Wucherung der Megastädte) der Entwicklungsländer ab.

Explizit auf die Ängste der Europäer vor Immigranten geht die international renommierte Migrationsforscherin *Saskia Sassen* ein. Sassen nimmt die Argumente gegen eine Migration auf: Europa kann nicht *alle Armen* aufnehmen, die staatlichen Ressourcen sind knapp und es gibt eine Anti-Migranten-Stimmung in den Gesellschaften. Sie widerlegt alle diese Argumente und begründet, warum Europa in Zukunft auf Migration angewiesen ist. In dem Abschnitt »Cross Country

Regularities« zeigt Sassen in sechs Punkten historisch das »Wo, Wann, Wer« der Migration auf. Hier betont sie u. a., dass kein Migrant gerne seine Heimat aufgibt. Gestützt auf Untersuchungen unter den mexikanischen Immigranten in den USA stellt sie die These auf, dass viele irreguläre Migranten, wenn möglich, gerne nur für eine kurze Zeit im Ausland arbeiten würden (etwa drei Monate). Sie würden gerne wieder zurückgehen und wieder kommen. Sassen bezeichnet diese Art als eine »Circular Migration«. Wegen der demografischen Entwicklung (Bevölkerungsschwund von 80 Millionen, Überalterung) ist Europa ohnehin auf Migration angewiesen, so gilt es aus Erfahrung zu lernen (Wir sind ein gemischtes Volk, wie haben wir es früher gemacht?). Aber eine gewisse Last könnte gemindert werden, wenn »zirkuläre Migration« legalisiert würde. Die meisten Migranten wandern aus dem Osten nach Westen.

Christoph Butterwegge sieht ebenfalls Spaltungstendenzen als Konsequenz neoliberaler Modernisierung. Einerseits nimmt – global gesehen – die soziale Polarisierung zu, andererseits wird aus dem Wohlfahrtsstaat der Industrieländer ein »nationaler Wettbewerbsstaat«. Perspektivisch wird das Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt und einen Wohltätigkeitsstaat gesplittet. Butterwegge spricht von einer *Dualstruktur der Armut* (arme Arbeitslose und arbeitende Arme). Analog findet eine Dualisierung der Zuwanderung statt (Eliten- und Elendsmigration). Während die Eliten eher als Transmigranten (heute hier, morgen dort) allseits willkommen sind, unterliegen die anderen Zuwanderer (gering Qualifizierte, Asylsuchende) restriktiver nationaler Migrationspolitik. Gleichzeitig findet eine soziale (nicht ethnische) Segregation statt. Trotz aller solcher Widerstände sieht Butterwegge ähnlich wie Sassen oder Franz Nuscheler Migration als Normal- oder Regelfall für die Zukunft.

Den zweiten Teil beginnen wir mit gewissen Normen wie Menschenrechte, die für unser Lernfeld Globales Lernen konstitutiv sind. Ein sehr weit verbreitetes Vorurteil in den mehrheitlich nicht christlichen westlichen Ländern ist, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechten (AMER) mehr von den westlichen/christlichen Normen geprägt seien. Dass das nicht so ist, zeigt Harry Noormann in seinem Beitrag. Die christlichen Kirchen mussten 170 Jahre mit sich ringen, um die freiheitlichen Prinzipien (der Menschenrechte) zu akzeptieren. »Die Menschenrechte [...] sind keine Errungenschaft des Christentums«, zitiert Noormann Honecker, »sondern ein Ergebnis der [...] Demokratisierungsbewegung der Aufklärer«. Noormann beruft sich auf Hans Küngs Programm »Weltethos«. Noormann legt behutsam die Perspektive für eine interreligiöse Ethik der Menschenrechte dar.

Das Leiden ist auch der Ausgangspunkt für Neville Alexander. Er leidet unter

der Maßlosigkeit der politischen (schwarzen) Elite in Südafrika. Alexander, der über ein Jahrzehnt in Hochsicherheitstrakt von Robben Island mit Nelson Mandela und 15 anderen Mitgefangenen die Zukunft seines Landes mitkonzipiert hat, sieht sich getäuscht, verraten. Der Grund ist das Verhalten der neuen politischen (schwarzen) Elite. Sie genehmigen sich üppige Gehälter und noch üppigere Zuwächse, fahren Mercedes oder BMW, während die breite Masse der schwarzen benachteiligten armen Unterschicht, Opfer der Apartheid von früher, heute Opfer des Neoliberalismus ist. Alexander ist übrigens der einzige überlebende Mithäftling von Nelson Mandela, der 1994 kein Regierungsamt übernahm, sondern zur Universität ging. In der Gefangenschaft haben sie von einer egalitären Gesellschaft geträumt. So fragt er sich: Wie kann man zurück zur Wurzel kehren, wie kann man »eine Kultur der positiven Werte« wieder durchsetzen. Alexander plädiert für eine Rückbesinnung, ein Ideal der Genügsamkeit und für ein urafrikanisches Gemeinschaftsziel *ubuntu* (Ich bin ein Mensch nur durch andere Menschen).

In seinem Beitrag *Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)* bringt Dietmar Bolscho zwei unterschiedliche Disziplinen mit Erfolg zusammen. Während Bildung für Nachhaltige Entwicklung eher naturwissenschaftlich orientiert ist, wird die Forschung über Migration der Kultur- und Sozialwissenschaft zugeordnet. Bolscho bricht die Tradition und bringt sie zusammen. Nachdem er den Begriff *Globalisierung* in verdichteter Form erläutert hat, geht er auf die BNE ein. Ausgehend vom Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro beschreibt er, wie der Lebensstildiskurs Eingang zur Bildung findet. Bolscho sieht die Agenda 21 als Legitimationsrahmen für pädagogische Programme und BNE als eine Weiterentwicklung der Umweltbildung. Er geht auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der BNE und dem Globalen Lernen ein.

Gregor Lang-Wojtasik nimmt sich des Themas *Globales Lernen* an, wobei er mit dem Engagement der Jugendlichen für BNE in Deutschland und Österreich beginnt. Lang-Wojtasik beschreibt kurz die Entwicklung des Globalen Lernens in Deutschland. Zwanzig Jahre lang war entwicklungsbezogene Bildungsarbeit, das Thema Nord-Süd-Beziehung, vorherrschend gewesen. Nach dem Erdgipfel in Rio ist der Blickwinkel auf BNE gerichtet. Beide sind Bestandteile des Globalen Lernens. Diese sind aber eben Teile, nicht das Ganze. Zu den bleibenden Herausforderungen gehören Globalisierung, Identitäts- und Legitimationsprobleme, Komplexität, Ungewissheit und sozialer Wandel. Für die Zukunft des Globalen Lernens hält der Autor eine Klärung der vier Fragen für erforderlich – Kompetenzen, empirisch/theoretische Grundlage, disziplinäre Verortung und Legitimation der Normen.

Im dritten Teil gehen wir exemplarisch auf einige Grundprobleme ein. Dirk Jacobs, Karen Phalet und Marc Swynghedouw präsentieren in Kurzform Ergebnisse einer Untersuchung, die sie in Belgien durchgeführt haben. Das Ziel ist herauszufinden, ob die Zugehörigkeit einer Minderheit die Wahrnehmung der Gruppendiskriminierung beeinflusst. Die Forscher gehen von drei Annahmen aus: 1.) Ihre Gruppe wird von der Aufnahmegesellschaft besonders diskriminiert, 2.) die Zugehörigkeit einer bestimmten ethnischen Minderheit beeinflusst die Wahrnehmung der Diskriminierung und 3.) sozio-kulturelles Wissen und Kenntnisse der (Mehrheits-)Sprache fördern interethnische Kontakte und mindern das Gefühl der Gruppendiskriminierung. Untersucht wurden zwei Gruppen in Brüssel, aus Marokko (N=392) und aus der Türkei (N=587). Die Wahrnehmung der beiden Gruppen unterscheidet sich manchmal signifikant. Hier liegt eine aufschlussreiche Forschungsarbeit vor, deren Ergebnisse differenziert, behutsam und reflexiv dargestellt werden.

Katrin Hauenschild behandelt das Thema aus einer anderen Perspektive. Sie beschreibt einerseits die historische Entwicklung von der Ausländerpädagogik bis zum transkulturellen Lernen über die verschiedenen Hypothesen. Andererseits fragt Hauenschild zu Recht, ob es sich nur um eine Änderung der Semantik handelt oder ob es tatsächlich einen Bewusstseinswandel gegeben hat. »Tauglich kann Transkulturalität als Konstrukt [...] dann sein, wenn es nicht als migrationsspezifische Dimension pädagogischer Interaktion betrachtet wird, [...] sondern als eine allgemeine Dimension gesellschaftlicher und individueller Phänomene, in denen Subjekte je ihre eigenen Transformationen vollziehen und werden, wie sie geworden sind.«

Zu der gesellschaftlichen und individuellen Transformation gehört auch die Sprache. Unbestritten ist, dass eine unabdingbare Voraussetzung für eine Integration die Beherrschung der Sprache der Mehrheit ist. In unserem Fall ist damit die Beherrschung der deutschen Sprache gemeint. Manch einer aus der Mehrheit meint, die deutsche Sprache von heute sei der Standard auch in der Zukunft. Minderheiten müssen also die Sprache beherrschen. Aber Linguisten wissen, dass auch die Mehrheitssprache einer Wandlung unterliegt. Diese Wandlung ist von vielen Faktoren, nicht zuletzt auch durch Einflüsse der Minderheiten, abhängig. Am auffälligsten kann man eine solche Wandlung an der Entwicklung der englischen Sprache studieren. Im übrigen, wenn man die deutsche Sprache von heute mit der von vor 100 Jahren vergleicht, wird einem klar, wie sehr eine lebendige Sprache von Wandlungen und Außeneinflüssen bereichert wird. İnci Dirim, eine Fürsprecherin der Mehrsprachigkeit der Kinder, hat die Bedeutung der Transformation der deutschen

Sprache durch die Migrantenkinder mehrmals empirisch nachgewiesen. Mit Marion Döll begründet sie hier, warum sie die Mehrsprachigkeit – nicht nur bei Migrantenkindern – zur Integration für notwendig hält.

In der hegemonialen Repräsentationspraxis sieht auch Erol Yildiz eines der Haupthindernisse für die Integration. Ähnlich wie Saskia Sassen hält Yildiz Migration für ein konstitutives Element zur Modernisierung, insbesondere für die Entstehung und Urbanisierung von Städten. Sassen hat dies am Beispiel von Amsterdam dargestellt (Sassen 1996, 23f.). Ähnlich wie sie (»Immigranten werden heute meist als Bedrohung wahrgenommen«, ebd., 13) argumentiert Yildiz, dass ohne den Transformationsprozess als eine positive Entwicklung anzuerkennen, selbst die kritische Sozialforschung hinter jedem Wandel des-integrative und krisenhafte Impulse vermutet. Ohne einen radikalen Perspektivwechsel, meint Yildiz, wäre eine Integration nicht möglich. Dies ist die schlichte Forderung, Diversität als eine neue Realität zu akzeptieren.

So wie die Bevölkerungsmehrheit keine homogene Masse ist, sind auch Minderheiten nicht einheitlich. Diese sind nicht nur wegen der Herkunftskulturen unterschiedlich, sondern auch bildungsbiografisch, ökonomisch und sozial. Isabel Sievers berichtet über die Motive der gut ausgebildeten Gruppen von Migranten, die zwischen Herkunfts- und Ankunftsändern hin und her pendeln. Der Ausgangspunkt ist der Widerspruch, »dass Deutschland gegenwärtig versucht, hochqualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben, aber gleichzeitig, mehr Akademiker, auch mit Migrationshintergrund, das Land verlassen. Die Gründe dafür werden mit einer explorativen Studie, die im Rahmen der AG Interpäd gelaufen ist, untersucht. Über die Ergebnisse dieser Studie berichtet Isabel Sievers. Als Gründe werden u. a. fehlende systematische Integrationspolitik, Verkennung der Stärke der Transmigranten (Qualifikation/Mehrsprachigkeit), mangelnde Berufsperspektiven und fehlende gesellschaftliche Anerkennung genannt. Zudem spielen für die Transmigranten Staatsgrenzen immer weniger eine Rolle, maßgebend sind die Lebensentwürfe. Eine ähnliche These vertritt auch Sassen in diesem Buch.

Ohne Unterstützung aller Mitglieder der AG Interpäd und ohne intensive Mitarbeit von Frau Isabel Sievers und des Kollegen Harry Noormann wäre eine Fertigstellung dieses Buches gar nicht möglich gewesen. Ebenso wertvoll war die Unterstützung meiner Frau, Nana Klingenberg-Datta. Technisch hat mir Doktorandin Frau Mareike Dennies geholfen. Allen, natürlich auch den Autorinnen und Autoren, bin ich mit großem Dank verbunden.

Hannover, im Mai 2010, Asit Datta

## Literatur

- Beder, Sharon (2006): Free Market Missionaries. London.
- Flechtheim, Ossip K. (1972): Futurologie. Frankfurt a. M.
- Huxley, Aldous (1932/2004)): Brave New World. London.
- Jungk, Robert/Müllert, Norbert R. (1989): Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München.
- Kreibich, Rolf (2010): Was hält die Gesellschaft in Zukunft (noch) zusammen? IZT-Arbeitsbericht 35/2010. Berlin.
- Nuscheler, Franz (2010): »Migration als Chance begreifen«, in: Migration als Chance, VENRO-Papier. Bonn, 4.
- Orwell, George (1948/o. J.): 1984. London.
- Orwell, George (1945/o. J.): Animal Farm. London.
- Sassen, Saskia (1996): Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa. Frankfurt a. M.
- Stiglitz, Joseph (2009): »Das Geheimnis der unsichtbaren Hand«, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 31.12.2009/1.1.2010.
- Stiglitz, Joseph (2010): »Geld wurde Maßstab für richtig und falsch«, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) vom 21.4.2010.
- Stiglitz, Joseph (2010): Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft. München.
- UNDP (Hrsg.) (2004): Bericht über die menschliche Entwicklung. Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt. Bonn.
- Worldwatch Institute/HBS/Germanwatch (Hrsg.) (2010): Einfach besser leben. Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil. München.
- (o. A.) (2010): »Die Welle nach der Dürre. Diktatur, Armut, Klimawandel: Europa muss mit einem wachsenden Strom von Migranten aus Afrika rechnen«, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 27.1.2010.
- (o. A.) (2010): »Zahl der Migranten steigt. Jeder fünfte hat ausländische Wurzeln/weniger Chancengleichheit für Zuwanderer, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) vom 27.1.2010.





# Grundannahmen

## Globalisation: Before and After the Crisis

### Rise of Globalisation

So-called »free« markets are becoming the new organising principle for the global order. The idea that governments should protect citizens against the excesses of free enterprise has been replaced with the idea that governments should protect business activities against the excesses of democratic regulation. What business leaders seek, and to a large extent have achieved, are »business-managed democracies«, that is, democracies where the politics and cultural life of nations are managed in the interests of business.

Corporations have always had a certain amount of power through their ability to make decisions concerning production and employment. And as they have grown in size and number that economic power has become significant and has been used to exert political influence. However, corporations have not been content with the degree of economic power and political influence they can wield individually. Since the mid-20<sup>th</sup> Century they have sought to increase their collective power, consolidating their political influence to pressure governments to make decisions in favour of business interests. And since the 1970s corporate coalitions have moved from defending their economic freedom from the demands and interventions of labour unions and governments, to being far more aggressive in their goals, extending them from just determining economic policy to social policy as well. Their takeover of key areas of government policy making and service provision has meant that as time goes by democratic power is undermined and thwarted (Beder 2006a).

The political mobilization of business interests since the 1970s meant that corporations began to act as a class with a shared ideology rather than a collection of competing companies with some common business interests. The class consciousness of top corporate executives was facilitated by the growth of inter-corporate networks of ownership and interlocking directorates of large corporations, which gave rise to a growing number of corporate executives who occupied positions on the boards of several companies. These corporate executives became politically active on behalf of business in general. They provided the leadership for business coalitions and associations and were employed at the top levels of the largest corporations (Useem 1984, 5).

Many of these coalitions are now global in their reach reflecting the transnational nature of the modern corporation. The corporate class has evolved into a transnational capitalist class (Sklair 2000).

A great number of business coalitions have been formed for this purpose of presenting a combined and powerful voice for business. These coalitions are tightly networked and closely interrelated through their common corporate membership. This multiplicity of coalitions with heavily overlapping membership and leadership enables corporations to multiply their power and influence.

The »unprecedented levels of strategic alliances and global networks« created by transnational corporations (TNCs) have been referred to as a new form of capitalism: »alliance capitalism«. In this new form of capitalism, TNCs have more in common with, and show more loyalty to, TNCs from around the world than with the countries where they are headquartered (Sklair 2002, 65). Despite this shift in allegiance, national governments still go out of their way to facilitate the business activities of these TNCs and to ensure government social policies do not unduly impede those activities.

The rise of corporate power since the 1980s and the increasing importance accorded to markets mean that transnational corporations are eclipsing the nation state as the driving force behind policy-making. The corporate goal of free trade and investment has been given precedence over other citizen goals such as environmental protection, improved working conditions, affordable and accessible electricity and water, universal health care and schooling. Each of these areas of social policy has been subject to commodification, marketisation, privatisation and deregulation in the name of free markets.

Business coalitions have sought to expand markets through the exercise of business-managed democracy. They have mobilised and lobbied to get governments to sign up to trade agreements. These agreements are portrayed as being about economic trade but are really about ensuring that the social and environmental policy and regulation of nation states does not interfere with the ability of TNCs to invest, trade and sell their services anywhere in the world.

The World Trade Organization (WTO) is the organization that ensures that trade rules prioritise business interests over national and public interests. It has greater powers than any other international institution including powers to punish non-complying nations that are not even available to the United Nations. Over 130 nations are now members of the WTO. It has become a form of global government in its own right with judicial, legislative and executive powers. (Braithwaite/Drahos 2000, 177; Clarke c. 1999, 4-5)

The enlistment of regulators, bureaucrats and politicians in their cause has been a key achievement of those lobbying for various agreements within the WTO. This is made easier by the phenomenon of the revolving door. Large corporations are able to offer lucrative positions, including directorships, to those who are supportive of their aims.

## Neoliberalism

From the second world war until the 1980s most OECD governments had a mixed economy whereby essential services remained in government control and governments sought to provide social welfare for the disadvantaged. They subscribed to Keynesian economic theory which promoted government spending as a way of keeping market demand high enough to ensure high levels of employment, and therefore high levels of income and spending. In this way they sought to avoid the downward spiral into depression that had occurred in the 1930s. Budget deficits and surpluses were used to regulate economic activity and manage the economy. Governments therefore had a strong social and economic role which they sometimes used to achieve greater equity through progressive taxation and the free provision of welfare and social services, such as health and education.

Keynesian economics suffered a pronounced decline in popularity during the 1970s when economic growth in affluent countries slowed as oil prices escalated following the oil crisis. Stagflation, the combination of low economic growth and inflation, contradicted Keynesian theories, which seemed to offer no solution to the problem. Opponents argued that the welfare state was the problem because social security, and the high taxation it required, degraded the incentives to work hard and take business risks. Businesspeople feared that the rising government deficits would cause interest rates to go up, making private investment more expensive and adding to inflation. At the same time free market advocates disparaged the benefits of government intervention and planning through spurious reference to the failures of the planned economies of the Soviet Union and other communist nations (Carroll 1992, 8; Easton/Gerritsen 1996, 28; Jackson/Price 1994, 3).

It was at this time that a fundamentalist combination of neoclassical theories and economic liberalism, which came to be referred to as neoliberalism, came to the fore, particularly in English speaking nations. Neoliberalism advocated the replacement of government functions and services with those

provided by private profit-seeking firms operating in the market (privatization); deregulation of labour and financial markets; deregulation of business activities; free trade; and smaller government through reduced taxes, spending and regulation. These policies were promoted in the name of free markets, economic growth and the public interest (Beder 2006b, ch. 4).

For many years neoliberal economic theories had been considered marginal and obsolete. They moved from the margins of economic thought to the centre of orthodoxy because they became useful to business interests seeking to minimize government interference in their activities and expand markets. Neoliberal theories were embraced by big business because they provided a legitimization for their pursuit of self-interest and avenues for business expansion (Beder 2006a, 151). They supported the argument that government regulation interfered with business and undermined »enterprise culture« (Self 1993, 72). In this view government intervention in the management of the economy is unnecessary and unwise because the market is a self-correcting mechanism. There was also some appeal in free market ideology for governments in that it absolved them of responsibility for economic performance (Beder 2006a, 8).

In English speaking nations an array of corporate-funded think tanks proliferated during the 1980s and 90s, which successfully promoted neoliberal policies. For example the rise of Thatcherism in Britain can be attributed in large part to the endeavours of two think tanks: the Institute of Economic Affairs (IEA) and the Centre for Policy Studies (CPS). In the US too, conservative corporate-funded think tanks have been responsible for the transmission and promotion of free market ideas and policies since the rise of Reagan in the 1980s (Beder 2006a, ch. 1).

Neoliberal policies were also the basis for the Washington Consensus which was forced on developing nations at an international level by the World Bank and the IMF through the use of loan conditions and structural adjustment packages. The Consensus gave economic goals priority over social goals, destroying socially beneficial traditions and desirable aspects of cultures in the process (Stilwell 1993, 36). Progressive taxation systems were dismantled and government social services decimated.

Whilst the IMF and the World Bank enforced the Washington Consensus on poorer countries in desperate need of capital, other more affluent countries were forced into adopting the same formula by the world's financial markets. Their vulnerability to these markets was facilitated by financial deregulation.

Financial deregulation involved three actions: the opening up of a nation

to the free flow of capital in and out of it; the removal of regulations on financial institutions operating within a country; and the removal of political controls from the central bank (Patnaik 1999). In this way the financial sector of many nations became part of the international financial sector serving the interests of global financial institutions rather than the interests of the local people or national governments (Beder 2006b, 47-52).

Financial deregulation was demanded by business interests, particularly large financial firms and transnational corporations that wanted to be free to move their money around. As a result of financial deregulation governments become accountable to international financial markets and »the markets have become the police, judge and jury of the world economy« (Financial Times 1994).

However, the judgement of financial markets is neither wise nor well thought out. Rather it is greed/panic-driven and herd-like. Decisions to buy and sell are not made on the basis of what is good for a nation's economy but rather on the basis of trying to second guess other investors. This merely serves to create economic instability and does little to foster productive long-term investment. Investment capital that could otherwise be used in production is used for gambling on the economies of various countries (Bello 2008).

Financial deregulation exposes »the economy to the vortex of speculative capital movements, that is, to the flows of short-term finance in search of quick profits.« For example, only ten percent of transactions in currency markets represent actual trade. The rest is largely speculative (Patnaik 1999; Toussaint, 1998, 52). The rapid inflow and outflow of speculative finance can cause crises in national economies (Patnaik 1999).

Countries can still retain a veneer of democracy with choice between major parties, but because of the constraints imposed by the need to please international financial markets, the policy differences between the major parties is minimal. They all adopt the same free market policies (Patnaik 1999). Governments that try to deviate are punished by the markets, in particular, »the major international banks, large transnational corporations with major financial dealing, fund managers within key private financial institutions, and the key credit-ratings agencies (such as Moody's)« (Bell 1997, 105).

## Inequality and Debt

As neoliberal policies were implemented around the world disparities in wealth and income increased and poverty increased, contradicting neoliberal theories that by increasing the wealth at the top everyone would be better off.

The Washington Consensus benefited transnational corporations and large companies, often at the expense of small local businesses, and always at the expense of the poor (Beder 2006b, 46). Between 1980 and 2000 incomes in Africa declined by 23 percent and the Latin American economies only grew by 6 percent (Palast 2002, 48). Forty four percent of people in developing nations live in poverty and unemployment doubled in the last decade of the 20<sup>th</sup> Century (Financial Times 2002, 1; New York Times 2002, A-1; Washington Post, 2002, E01). Even the IMF admits that »in recent decades, nearly one-fifth of the world population have regressed« (Quoted in Palast 2002, 50).

In the US, »[t]hree decades of neoliberal economic policy has led to the widest gap between rich and poor in America as compared to other industrialized nations [...]. Currently the top 20% of population in America receive about 50% of income, while the lowest 20% get merely 3.4% of the income, and the top 1% own 40% of the wealth.« (Torbat 2008) Although average wages increased by 2.5 percent between 2000 and 2007 this increase actually occurred at the top of the wage hierarchy with Wall Street traders and executives earning many billions of dollars each year between 2003 and 2007 (Muzaffar 2008; Time 2008), while the real wage of the median household fell over that time (Sapir 2008). Such disparities in income have been accepted because greed has been institutionalised and legitimised as a driver of free market economies: »The rapacious acquisition and accumulation of wealth by an elite is sanctified as a vital pre-requisite for the progress and prosperity of the people. The poor, it is argued, will eventually benefit from the wealth created by the elite.« (Muzaffar 2008)

Inequities in income in many countries, resulting from neoliberal policies, meant that consumer demand could not keep up with production capacity. Consequently profits from investing in production declined and economic growth slowed. Once governments would have fed demand through government spending, but neoliberalism precluded this. Instead consumer demand was increased through bank credit to consumers (Torbat 2008). This temporarily ensured continued economic growth in many countries. In the US, cuts in interest rates ensured more borrowing in order to sustain economic growth (Gupta 2008).



Consumer credit was augmented by mortgage debt. The middle-classes in the US, for example, borrowed money through home mortgages, to pay for consumer items and to be able to invest in the booming stockmarket (Sapir 2008). More and more people were given these loans despite declining wages, because rising house prices seemed to guarantee that the loan institutions could not lose. If people defaulted on their mortgages the repossession of their homes would cover their debt. »By 2004, Americans were using home equity to finance as much \$310 billion a year in personal consumption.« (Gupta 2008) By 2008 household debt was up to 93 per cent of US GDP (Sapir 2008), and was a key driver of economic growth in the US (Gupta 2008).

Low interest rates meant more home buyers could afford to buy homes and more of them could afford more expensive homes so that house prices went up. »Big ticket mortgages were aggressively sold to millions who could not normally afford them by offering low »teaser« interest rates that would later be readjusted to jack up payments from the new homeowners.« (Bello 2008)

The demand for housing as an investment, caused house prices to increase even more. This demand increased after the stock market declines in 2000 and 2001 when nervous investors moved from the stock market to property as a safer investment (Gupta 2008).

## Causes of the Financial Crisis

As a result of neoliberal policies, wealth accumulated in the hands of the few who searched for ways to invest it that were more profitable than investment in production. The financial sector offered lucrative investment opportunities, exacerbating the volatility of markets that accompanies »massive speculation« (Muzaffar 2008).

The neoliberal opposition to government intervention in business and markets, and in particular the deregulation of financial institutions, allowed financial markets to become more and more complex as traders worked out more and more ways to make money from both rising and falling markets, using derivatives, credit default swaps, and other mechanisms that were often beyond the understanding of the layperson and many politicians (Bello 2008).

One investment mechanism was »collateralized debt obligations« (CDO's), which turned home mortgages into a tradeable commodity. Banks could earn fees from setting up mortgages and then sell on the mortgage so as to free up their money to establish more mortgages. Once the mortgage was sold on,

the bank did not have to worry about whether the mortgage would be paid off and so it was less concerned about ability to pay when it approved loans. »Banks began using call centers and high-pressure tactics to mass-produce mortgages because the profit was in volume – how many loans could be approved how fast.« (Gupta 2008)

To make these mortgages attractive to investors, the banks had them assured by Fannie Mae or Freddie Mac, which to investors was as good as a government guarantee for the mortgages since they were sure the US government would not allow these institutions to go bankrupt. Fannie Mae, Freddie Mac, banks and hedge funds bundled mortgages together as mortgage-backed securities (MBS) to sell them to investors who would then own the right to receive mortgage payments (Gupta 2008).

MBSs were further bundled with other investment products into CDO's. The various middle-people who were involved in selling them on had an interest in understating the risks associated with these CDOs and because financial markets had been deregulated they were free to do so. Banks and foreign financial institutions were ready to believe assurances of low risk because they assumed house prices would continue to rise indefinitely (Bello 2008; Gupta 2008).

However, rising house prices led to a building boom and an oversupply of housing, contributing to the bursting of the housing price bubble. Oversupply was exacerbated when interest rates were increased and hundreds of thousands of people could no longer afford their mortgage payments and their houses came back onto the market (Gupta 2008). When this happened the owners of the MBSs and CDOs found that the houses were now worth much less than the mortgages they had bought and for companies like Lehman Brothers, Merrill Lynch, Fannie Mae, Freddie Mac and Bear Stearns, their consequent losses were more than they could afford and they were threatened with bankruptcy (Bello 2008).

Other companies such as the American International Group (AIG) lost money on credit default swaps – »derivatives that make it possible for investors to bet on the possibility that companies will default on repaying loans. Such bets on credit defaults now make up a \$45 trillion market that is entirely unregulated.« (Bello 2008)

Financial institutions around the world were exposed to these CDOs and suffered major losses; some having to be bailed out by governments. The collapse and near collapse of major financial institutions led to a series of panics in stock markets around the world, wiping trillions of dollars off the value of stock. Falling share prices, combined with the unavailability of credit as banks

became more cautious, caused a decline in business and consumer confidence as well as a slump in consumer demand and lowered economic growth, which have in turn fed rising levels of unemployment and recession.

## Response to the Crisis

The response of governments to this financial crisis – bailing out banks and large financial institutions and spending huge amounts to stimulate the economy – seemed to herald the end of neoliberalism and a return to Keynesian policies. There was talk of the end of global capitalism and widespread criticism of corporate greed. However, the only ideology that corporate leaders are consistently loyal to is corporate self-interest and neoliberalism is only useful as a tool for business-managing society when the economy is expanding and corporate profits are increasing. In times of economic downturn, as the recent global financial crisis has demonstrated, business leaders manage governments into supplying bailouts for companies and government spending for economic stimulus. Even so, the push for privatisation, deregulation and free trade and investment has not abated.

The business community continues to press for a successful conclusion of the Doha Round. In April 2009 the G8 Business Leaders, a group representing business coalitions in G8 nations, declared the need for G8 governments to »strengthen and publicly renew their full commitment to an open global economy [...]. The successful conclusion of the Doha Round lies at the very heart« of this commitment and would provide »the strongest possible stimulus for the recovery of the global economy« (G8 Business Leaders 2009). G8 government leaders have obediently confirmed their commitment to open global trade.<sup>1</sup>

The UN Conference on the Financial and Economic Crisis, whilst recognising the »critical need for expanding the scope of regulation and supervision and making it more effective« nevertheless called for the »conclusion to the Doha Round that increases market access« (Quoted in vander Stichele 2009). The aim of the Doha Round is to further deregulate financial services and re-

---

<sup>1</sup> See for example, Joint Press Statement on ASEAN+3 Cooperation in Response to the Global Economic and Financial Crisis Bangkok, 3 June 2009, <http://www.aseansec.org/JPS-ASEAN+3-Cooperation-Financial-Crisis.pdf>; Meeting of APEC Ministers responsible for Trade, Singapore, 21-22 July, 2009, [http://www.apec.org/media/2009\\_mrt\\_statement.html](http://www.apec.org/media/2009_mrt_statement.html).

move limits on the size and activities of foreign financial companies under General Agreement on Trade in Services (GATS) rules (vander Stichele 2009).

In his condemnation of »extreme capitalism«, Australian prime minister Kevin Rudd was careful to avoid criticism of free trade and globalisation (The Monthly 2009). And, despite the rhetoric about the need for tighter financial regulation, the US and EU are still pushing for bilateral free trade agreements with developing nations that preclude regulation of foreign banks and the financial sector. The UN Commission of Experts on the financial crisis has admitted that:

Many bilateral and multilateral trade agreements contain commitments that circumscribe the ability of countries to respond to the current crisis with appropriate regulatory, structural, and macro-economic reforms and rescue packages, and may have exposed them unnecessarily to the contagion from the failures elsewhere in the global economic system. (quoted in vander Stichele 2009)

The banking industry has fought against all efforts to impose controls on their business (Financial Times 2010). In Australia, the government has even created a government department to reduce regulation of business, The Department of Finance and Deregulation. Cahill (2009, 14) notes: »In most cases, states have acted to protect the viability of the system of capital accumulation rather than to shield ordinary citizens directly from the sometimes violent fluctuations of the market.«

Even before the global financial crisis Latin American nations were trying to break free from the Washington Consensus. Voters in Venezuela, Brazil, Argentina, Bolivia, Ecuador, Nicaragua and El Salvador elected leaders who opposed neoliberal policies imposed by the World Bank and the IMF and some nations sought loans from China and Venezuela. However breaking free of the Washington Consensus has not been easy and the global financial crisis will ironically force more nations to take up conditional loans with the World Bank and the IMF. Despite some rhetoric to the contrary, these organizations have done little to change the neoliberal policy conditions accompanying their loans (Cavanagh/Broad 2009).

The apparent retreat from some neoliberal policies doesn't signal a retreat of business from managing democracies in the interests of global capital. After all the business embrace of neoliberalism was one of convenience. Business leaders have no ideological commitment to neoliberalism and are willing to jettison those policies that do not currently suit the interests of global capitalism so that governments can intervene to shore up business confidence,

rescue large financial institutions and stimulate economic growth. Nonetheless, business-friendly neoliberal policies, such as free global trade and investment, privatisation of public services, less progressive taxes and deregulation of most business activities, are being maintained in business-managed democracies around the world.

However, despite the unwillingness of global capital to loosen its grip on the policies of nations around the world, change may be forced in time because of a number of intractable problems that have not been solved. Firstly the need for capital to expand is still faced with the problem of falling consumer demand resulting from growing inequality. This could feasibly be fixed with higher wages and more progressive taxation systems but further expansion of production is constrained by global warming and other environmental problems and the solutions to this are less likely to be solvable in a business-managed democracy.

## Bibliography

- Beder, S. (2006a): *Free Market Missionaries: The corporate manipulation of community values*. London.
- Beder, S. (2006b): *Suiting Themselves: How corporations drive the global agenda*. London.
- Bell, S. (1997): *Ungoverning the Economy: The political economy of Australian economic policy*. Melbourne.
- Bello, W. (2008): »Primer on wall street meltdown«. <http://casinocrash.org/?p=11> (3 March 2009).
- Braithwaite, J./Draho, P. (2000): *Global Business Regulation*. Cambridge.
- Cahill, D. (2009): »Is neoliberalism history?«, in: *Social Alternatives* 28(1), 12-16.
- Carroll, J. (1992): »Economic Rationalism and its Consequences«, in: Carroll, J./Manne, R. (eds.): *Shutdown: The failure of economic rationalism and how to rescue Australia*. Melbourne, 7-26.
- Cavanagh, J./Broad, R. (2009): »No consensus on the Washington Consensus«. [http://www.tni.org/archives/cavanagh\\_noconsensus](http://www.tni.org/archives/cavanagh_noconsensus) (15 March 2010).
- Clarke, T. (1999): *By what authority! Unmasking and challenging the global corporations' assault on democracy through the world trade organization*. Polaris Institute and International Forum on Globalization.
- Easton, B./Gerritsen, R. (1996): »Economic Reform: Parallels and divergences«, in: Castles, F. G./Gerritsen, R./Vowles, J. (eds.): *The Great Experiment: Labour parties and public policy transformation in Australia and New Zealand*. Sydney.

- Financial Times (1994): »Survey of world economy and finance«, 1.
- Financial Times (2002): »Piling on the pressure«, 1.
- Financial Times (2010): »Bankers try to fight off wave of controls«.
- G8 Business Leaders. (2009): Joint declaration. Paper presented at the G8 Business Summit.
- Gupta, A. (2008): »How to wreck the economy«. <http://www.indypendent.org/2008/10/02/how-to-wreck-the-economy/> (17 March 2010).
- Jackson, P. M./Price, C. M. (1994): »Privatisation and Regulation: A review of the issues«, in: Jackson, P. M./Price, C. M (eds.): Privatisation and Regulation: A review of the issues. London and New York.
- Muzaffar, C. (2008): »Challenging casino capitalism«. <http://casinocrash.org/?p=517> (3 March 2009).
- New York Times (2002): »Still poor, Latin Americans protest push for open markets«, A-1.
- Palast, G. (2002): The Best Democracy Money Can Buy. London.
- Patnaik, P. (1999). »The real face of financial liberalisation«. <http://www.frontlineonnet.com/fl1604/16041010.htm> (17 March 2010).
- Sapir, J. (2008): »Neoliberalism at the basis of the financial crisis«. [http://www.uniglobalunion.org/unifinance.nsf/\\$webDocuments/2502D266A5E839EFC12574CF004BAC89?Opendocument](http://www.uniglobalunion.org/unifinance.nsf/$webDocuments/2502D266A5E839EFC12574CF004BAC89?Opendocument) (3 March 2009).
- Self, P. (1993): Government by the Market? The politics of public choice. Hampshire and London.
- Sklair, L. (2002): Globalization: Capitalism and its alternatives. Oxford.
- vander Stichele, M. (2009): »Contradictions at the UN conference on the financial and economic crisis«. <http://www.tni.org/article/contradictions-un-conference-financial-and-economic-crisis> (15 March 2010).
- Stilwell, F. (1993): »Economic Rationalism: Sound foundations for policy?«, in: Rees, S./Rodley, G./Stilwell, F (eds.): Beyond the Market: Alternatives to economic rationalism. Leichhardt, NSW, 27-37.
- The Monthly (2009): »The global financial crisis«, 20-29.
- Time (2008): »How Washington's bailout will boost Wall Street bonuses«.
- Torbat, A. E. (2008): »Global financial meltdown and the demise of neoliberalism«. <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=10549> (17 March 2010).
- Toussaint, E. (1998): Your Money or Your Life! The tyranny of global finance. London.
- Useem, M. (1984): The Inner Circle: Large corporations and the rise of business political activity in the U.S. And U.K. Oxford.
- Washington Post (2002): »IMF's »consensus« policies fraying«, E01.